Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 139 — Sonnabend, den 23. November 1929 — 42. Jahrgang

Um den Beginn der Haager Konferenz.

Irreführende französische Meldungen.

✧ **Paris**, 20. November.

Den völlig irreführenden französischen Meldungen, die bereits von einer

Festlegung der Haager Konferenz auf Anfang Januar und von einer Zustimmung der deutschen Regierung zu diesem Zeitpunkt berichten,

müssen die tatsächlichen Vorgänge der letzten Tage gegenübergehalten werden, die sich in keiner Weise mit der französischen Darstellung decken. Die Einberufung der Konferenz erfolgt durch den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, dessen Aufgabe es ist, bei den sechs Hauptmächten — Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan und seiner eigenen Regierung — anzufragen, welcher Zeitpunkt ihnen recht ist.

Wenn eine Uebereinstimmung zwischen den sechs Hauptbeteiligten erzielt ist, werden die Einladungen von Ministerpräsident Jaspar an sie und an die kleineren Mächte ergehen.

Trotz nachdrücklicher Besprechungen mit der französischen Regierung ist es der Reichsregierung nicht gelungen, den Standpunkt Frankreichs, der sich bekanntlich auf dringende Haushaltsberatungen und die Schwierigkeit des Ausschusses für die Ost-Reparationen stützt, mit Erfolg zu bekämpfen.

Die Reichsregierung hat die französische Regierung wissen lassen, daß ihrer Auffassung nach der Zeitpunkt Anfang Januar für Deutschland sehr ungünstig sei und daß sie ihrerseits keinerlei Verantwortung für die Hinausschiebung der Haager Konferenz tragen wolle.

Jedenfalls hat die Reichsregierung im Gegensatz zu den Behauptungen der Pariser Presse dem Zeitpunkt von Ministerpräsidenten Jaspar mit der Anregung werden wird, die Konferenz für Anfang Januar einzuberufen. Ob Ministerpräsident Jaspar dieser Anregung folgen wird, läßt sich schwer voraussehen.

Beginn der Pariser Saarverhandlungen.

Begrüßungsansprachen Pernots und von Simsons.

✧ **Paris**, 22. November.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen wurden in dem großen Speisesaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay eröffnet. Geheimrat von Simson erschien als erster von der deutschen Abordnung in Begleitung des deutschen Botschafters von Hoesch. Letzterer nahm an den Verhandlungen aber nicht teil. Die Sitzung begann mit einer Begrüßungsansprache des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten Pernot, der den bekannten Standpunkt der französischen Regierung zu den kommenden Verhandlungen darlegte und den Wunsch aussprach, daß die Verhandlungen zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder führen möchten.

Von Simson dankte für die freundliche Begrüßung und antwortete ausführlich unter Darlegung der deutschen Gesichtspunkte. Es wurde beschlossen, drei Ausschüsse einzusetzen:

1. **Unterausschuß für Bergwerksfragen,**
2. **Unterausschuß für Handels- und Zollfragen,**
3. **Unterausschuß für juristische Fragen.**

Ferner wurde vereinbart, daß diese Unterausschüsse zusammentreten sollen, sobald ihr Arbeitsprogramm von den Vorsitzenden der beiden Abordnungen festgelegt worden ist.

Man rechnet mit der Rückkehr.

Wenn eine gerechte Lösung nicht möglich sei . . .

✧ **Paris**, 21. November.

Am heutigen Donnerstag vormittag wurden im großen Speisesaal des französischen Außenministeriums die deutsch-französischen Saarverhandlungen eröffnet. Die französische Presse betont, daß die Besprechungen streng vertraulich sein würden und daß im Augenblick nicht die Rede davon sein könne, die Frage auf das Gebiet der Politik zu bringen. In dieser Hinsicht sei die Lage eindeutig und klar.

Die Pariser Morgenblätter benutzten die Gelegenheit, um noch einmal den französischen Standpunkt darzustellen und die französischen Forderungen zu entwickeln. Im Jahre 1935 würden die Saarbewohner das Recht haben, zu wählen zwischen der „Rückkehr" nach Frankreich (wie die Blätter sich ausdrücken), der Wiedervereinigung mit Deutschland und der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Völkerbundsregimes.

Die Tatsache der Eröffnung der Verhandlungen allein, so schreibt das „Journal", lasse die Annahme zu, daß man auf französischer Seite mit der Wahrscheinlichkeit der Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland rechne. Andernfalls wären die Verhandlungen unnötig. Das Blatt behauptet weiter, das gegenwärtige Saarregime stelle alle Interessen zufrieden, (!) und die politische Lösung der Saarfrage werde nur durch den Völkerbund erfolgen können, nachdem ein Abkommen über die künftige Regelung der Interessen zustande gekommen sei.

Pertinax begründet im „Echo de Paris" die französische Verhandlungsbereitschaft mit der Möglichkeit eines für Frankreich ungünstigen Volksentscheides im Jahre 1935. Für die Aufgabe von fünf Jahren Herrschaft im Saargebiet müsse Frankreich als Gegenleistung einen Rückkaufpreis für die Saargruben erhalten, der der verbesserten Grubenausrüstung Rechnung trage, ferner eine Verwaltung der Kohlengruben, die die Versorgung der elsässischen und lothringischen Metall- und chemischen Industrie mit Kohle gewährleistet. Zu diesem Zweck würde es genügen, daß deutsch-französische Betriebsführungsgesellschaften gegründet würden. Schließlich müsse ein Zollsystem bis zum Jahre 1935 Frankreich die Möglichkeit geben, seine Warteneinfuhr (mehr als zwei Milliarden Franken im Jahre) beizubehalten und nach dem Jahre 1935 diesen wichtigen Posten des französischen Außenhandels nur langsam zu vermindern. Die vom französischen Saarausschuß ausgearbeitete Lösung werde in den Besprechungen geprüft werden. Es sei aber zu befürchten, daß Berlin sich vor allem von politischen Gedankengängen leiten lassen werde.

Wenn eine gerechte Lösung nicht möglich sei, so wäre es zweifellos besser, noch auf weitere fünf Jahre die Vorteile des Versailler Vertrages zu Gunsten Frankreichs auszunutzen, um erst dann die Ungewißheit einer Volksabstimmung auf sich zu nehmen.

Die Rollen seien vertauscht. Man hätte erst die Saarfrage regeln sollen, um dann in die Rheinlandräumung einzuwilligen.

Polen und die Sowjets.

Es wünscht keine russische Revolution.

Warschau, 22. November.

Der Direktor der Ostabteilung im polnischen Außenministerium, Holowko, der vor einigen Tagen von einer längeren Reise in die Randstaaten zurückgekehrt ist, erklärte Pressevertretern, Polen müsse sich darüber Rechenschaft geben, daß nach den kommunistischen Herrschern in Moskau nur die nationalistischen Gruppen zur Macht kommen

Diese Elemente, die die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und die Ostgrenzen Polens nicht anerkennen, träumen von einer Wiederherstellung des großen vereinigten Rußlands. Im Interesse der Randstaaten liege das Erhalten des jetzigen Sowjetsystems in Rußlands, und darum bezeichnete der polnische Diplomat alle Andeutungen der russischen Presse, daß Polen an einem Antisowjetblock teilnehmen werde, oder ihn sogar organisiere, als grundsätzlich falsch. Ein derartiger Block würde zu den drängendsten Interessen Polens in schroffem Gegensatz stehen.

Neue französische Hetze im Elsaß.

Gegen Studenten und gegen Deutschland.

Straßburg, 22. November.

Die französische Presse hat einen neuen Anlaß gefunden, eine Hetze gegen die Autonomisten zu entfesseln. Die Stadt München hatte im Austausch gegen den bis zum Kriegsende in Straßburg stehenden Vater-Rhein-Brunnen den Straßburgern ein Werk des in München lebenden Elsässers Weber geschenkt, einen Brunnen mit der Figur des sogenannten „Meiselsoders".

Bei der Einweihung des Denkmals waren auch Vertreter der hiesigen fünf elsässischen Studentenverbindungen (zwei protestantische und drei katholische) erschienen, und zwar zum ersten Male seit dem Kriege mit Fahnen und bunten Mützen. Auch der Vizepräsident des Allgemeinen Studentenausschusses, ein elsässischer Student, hatte der Feier beigewohnt.

Die hiesigen französischen Blätter haben in ihren Berichten diese Teilnahme elsässischer Studenten besonders hervorgehoben. Die Hetze soll mit den dabei ausgedrückten Gehässigkeiten aber offenbar kein Ende haben, denn bereits melden sich französische Studentengruppen, um in der Oeffentlichkeit den üblichen flammenden Protest zu erheben.

*

Diese Kundgebungen landfremder französischer Studenten zeigen, wie einseitig sie elsässischen Dingen gegenüberstehen. Wenn elsaß-lothringische Studenten nach dem Kriege an der Pflege eines akademischen Verbindungslebens nach deutscher Art festhielten, so widerspricht dies zwar französischen Studentensitten, bedeutet aber lediglich die Fortführung einer Tradition, die schon vor 1870 bestand. Wenn man von französischer Seite darin ein „antinationales" Bekenntnis erblicken will, so ist dies politisch ebenso untlug wie die Verfolgung des Autonomismus, der nichts anderes erstrebt als die Anerkennung des besonderen Charakters des Elsaß. Auf die Bereitschaft Frankreichs zur friedlichen Zusammenarbeit mit Deutschland wirft diese vom Zaune gebrochene Hetze ein eigenartiges Licht.

Erste Arbeiten der Volksvertretung.

Die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung.

Berlin, 22. November.

Die Tagesordnung für die nächste Reichstagssitzung, die am Mittwoch, den 27. November, nachmittags 3 Uhr beginnt, liegt nunmehr vor. Das Haus wird sich zunächst mit der ersten und zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-persischen Freundschaftsvertrag, das deutsch-persische Niederlassungsabkommen und das Handels-, Zoll- und Schiffahrtsabkommen mit Persien beschäftigen. Weiter stehen die Gesetzentwürfe über ein Abkommen mit der Türkei bezüglich des Rechtsverkehrs in Zivil- und Handelssachen, sowie über den Freundschaftsvertrag mit dem Königreich des Hedjas auf der Tagesordnung. Ferner ist die Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln, das sogenannte Opiumgesetz, zur Beratung vorgesehen.

Außerdem sollen beraten werden die Gesetzentwürfe über Ausfuhr von Kunstwerken, über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern, über die Bergmannssiedlungen, sowie über Entschädigung von Betrieben und Arbeitnehmern auf Grund der Einführung des Branntweinmonopols. Auch ein kommunistischer Antrag über die Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner steht zur Beratung. Schließlich ist noch die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung für 1928 vorgesehen.

Bayern sträubt sich.

Reichs- und preußische Regierung sollen vereinigt werden. — Die Beschlüsse der Unterausschüsse der Länderkonferenz.

Berlin, 21. November.

Amtlich wird gemeldet: Die Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz haben unter dem Referat „Organisation der Länder und der Einfluß der Länder auf das Reich" beraten.

In der Einzelberatung wurden die Abschnitte über die Organisation der Länder und der zentralen Regierung und Gesetzgebung mit geringen Aenderungen gegenüber den Vorschlägen angenommen. Ein vom bayerischen Ministerpräsidenten gestellter Antrag, die differenzierende Gesamtlösung als staatsrechtlich weder notwendig noch zweckmäßig und als politisch gefährlich fallen zu

Nach den Beschlüssen werden preußische Regierung und Reichsregierung vereinigt. Die die vier Länder alter Art (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden), so unterstehen die preußischen Provinzen unmittelbar der Reichsgewalt. Ihre Verfassungen werden den preußischen Provinzialverfassungen nachgebildet. Auch für die übrigen Länder soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Landesregierung auf bestimmte Zeit — etwa vier Jahre — zu wählen. Reichstag und Landtag sollen verschmolzen werden. Dabei ist zu erwägen, ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags die von den beteiligten Ländern entsandten Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags treten sollen.

Für eine Uebergangszeit ist die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Landtags für die Länder neuer Art vorgesehen. Der Reichsrat bleibt in der Form bestehen, daß seine Zusammensetzung sich nach der Einwohnerzahl der vertretenen Länder bestimmt. Die Beschlüsse wurden, nachdem Zweifelsfragen geklärt und einige Aenderungen vorgenommen waren, zumeist mit 8 gegen 3 Stimmen gefaßt.

Schulen und Verfassungsfeiern.

Die Entscheidung des Reichsgerichts.

= **Leipzig**, 21. November.

Vom Schöffengericht in Hamburg ist am 15. Juli 1929 der Redakteur der „Hamburger Volkszeitung", Herbert Mindus, wegen Vergehens nach Paragraph 110 des Reichsstrafgesetzbuches zu 200 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden. Mindus hatte in der „Hamburger Volkszeitung" die Anordnung der Hamburger Oberschulbehörde glossiert, derzufolge am Verfassungstag 1928 eine gemeinsame Verfassungsfeier aller Hamburger Schulen stattzufinden hatte,

an der alle Volksschüler aus den siebenten und achten Klassen und alle Besucher höherer Schulen von der Untertertia aufwärts teilzunehmen hatten.

Befreiung von der Teilnahme sollte nur in Krankheitsfällen gewährt werden. Mindus forderte die Arbeiterkinder auf, nicht zu dieser Feier zu gehen.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat am 18. November die von Mindus gegen das Hamburger Urteil eingelegte Revision verworfen.

Zunächst sei die Hamburger Oberschulbehörde als Glied der Staatsverwaltung zu ihrem Erlaß berechtigt gewesen, und schon deshalb hätten die Aufforderungen des Angeklagten gegen den Paragraphen 110 des Strafgesetzbuches verstoßen. Ferner aber sei staatsbürgerliche Erziehung Lehrfach in den deutschen Schulen; die Reichsverfassung mache den Unterrichtsverwaltungen die Pflege der staatsbürgerlichen Erziehung zur Pflicht.

Verfassungsfeiern stellten ein Erziehungsmittel zur staatsbürgerlichen Gesinnung dar.

Werde eine Verfassungsfeier angeordnet, so halte sich diese Anordnung in den Grenzen des Artikels 148, Absatz 3 der Reichsverfassung. Die Anordnung stehe auch nicht, wie die die Revision behaupte, im Widerspruch zu Artikel 148, Absatz 2, und Artikel 118 der Reichsverfassung. Gewiß müsse beim Unterricht darauf Bedacht genommen werden, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt würden. Eine solche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291123-19/fragment/page=0001

Verletzung hätte aber festgestellt werden müssen und sie hätte nur festgestellt werden können im Verlauf der vom Angeklagten bekämpften Verfassungsfeier. Uebrigens habe eine solche Verletzung angesichts des Programms gar nicht stattfinden können.

Die Teilnahme an einer Verfassungsfeier allein sage noch nicht, daß der Teilnehmer verfassungsfreundlich sei, ebensowenig wie aus der Nichtteilnahme an einer solchen Feier darauf geschlossen werden dürfe, daß der Fehlende der Verfassung feindlich gegenübersteße.

Arbeitsmarktlage im Reich.

Ansteigender Arbeitslosigkeit.

Berlin, 22. November.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt stieg die Arbeitslosigkeit weiter an, doch war die Bewegung kaum schneller als in der Vorwoche und entsprach ungefähr der Entwicklung des Vorjahres. Im übrigen war die Lage in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken überaus uneinheitlich, am ungünstigsten entwickelten sich die Verhältnisse in Sachsen; auf Sachsen entfiel nicht nur das höchste Maß der Arbeitslosigkeit, sondern auch nahezu ein Drittel aller unterstützten Kurzarbeiter. In Schlesien hat sich die Ungunst der Lage durch die Rückkehr der Saisonwanderarbeiter früh verschärft. In den anderen Bezirken entsprach die Entwicklung ungefähr dem Reichsdurchschnitt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 13. November rund 980 000; sie ist mithin seit dem 15. Oktober, wie im Vorjahr um etwa 200 000 gestiegen; sie dürfte aber Mitte November bereits bei einer Million liegen, während sie zur gleichen Zeit des Vorjahres 800 000 betrug.

Preußen und seine Staatstheater.

Ein Zuschuß von über 9 Millionen Mark.

Berlin, 22. November.

In dem neuen preußischen Etat werden die staatlichen Theater in Berlin, Kassel und Wiesbaden mit einem Ausgabenetat von 17 322 300 Mark verzeichnet. Demgegenüber stehen 7 956 000 Mark Einnahmen, so daß ein Zuschuß von 9 366 300 Mark verbleibt. Der Zuschuß im Jahre 1929 belief sich auf 7 854 700 Mark, und der des Jahres 1913 auf 2 033 808 Mark.

Für das Solopersonal der Staatsoper sind 70 Stellen vorgesehen mit einer Durchschnittsbesoldung von 22 493 Mark im Jahr. Für den Opernchor sind vermerkt 160 Stellen mit einer Durchschnittsbesoldung von 4125 Mark. Der Ballettmeister bezieht 15 000 Mark. An Gastspielhonorar sind 246 450 Mark vorgesehen. Beim Staatlichen Schauspielhaus in Berlin sind für das Solopersonal 78 Stellen vorgesehen mit einer Durchschnittsbesoldung von 11 465 Mark im Jahre. Der gesamte Ausgabenetat der staatlichen Theater in Berlin beziffert sich auf 11 766 200 Mark, der Ausgabenetat des Staatlichen Theaters in Kassel auf 2 129 500 Mark und der des staatlichen Theaters in Wiesbaden auf 3 226 600 Mark.

Deutschnationaler Reichsparteitag.

Die Eröffnung in Kassel.

Der Deutschnationale Reichsparteitag nahm mit einer Sitzung des Parteivorstandes und zahlreichen vorbereitenden Tagungen seinen Anfang.

Neben dem Bericht des Parteivorsitzenden sind zahlreiche Vorträge auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, die unter dem Thema: „Der geistige und wirtschaftliche Kampf gegen den Marxismus" zusammengefaßt werden. Der von der Partei herausgegebene „Führer durch den Parteitag" wird durch einen Begrüßungsartikel des Parteivorsitzenden Dr. Hugenberg eingeleitet. Hugenberg weist darauf hin, daß der diesjährige Parteitag im Zeichen des Kampfes der Rechtsopposition gegen die beabsichtigte Versklavung des deutschen Volkes durch den Youngplan stehe.

Die meisten Arbeitsausschüsse der Partei traten bereits zu ihren Sonderberatungen zusammen. Auf der Tagung des Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller sprachen Reichstagsabgeordneter Leopold über „Die politische Lage und die deutsche Wirtschaft" und Reichstagsabgeordneter Dr. Oberfohren über „Die Steuerreformpläne".

Aus dem In- und Auslande.

Nein tschechische Regierung in Prag?

Prag, 22. November. In den Regierungsbildungsverhandlungen scheint sich ein grundlegender Umschwung vollzogen zu haben. Als letzten Ausweg aus den Schwierigkeiten plant man eine allnationale Koalition mit Ausschluß der Deutschen und Ungarn. Dieser Plan soll von den tschechischen Sozialdemokraten ausgegangen sein. Bis zur Stunde weiß man noch nicht, ob diese allnationale Koalition eine rein tschechische sein wird, da über die Zuziehung der slowakischen Volksparteiler noch keine Entscheidung getroffen ist.

Zum Beginn der Saarverhandlungen.

Paris, 22. November. Die Spannung, mit der man dem Beginn der Saar-Verhandlungen in Paris entgegensah, hat sich in den letzten Tagen gemindert, da man die Auffassung vertritt, daß die Saar-Abordnung ihre Arbeiten gleich nach ihrem Zusammentritt auf Unterausschüsse verteilen wird, um mit der Bearbeitung der zahlreichen technischen Fragen zu beginnen. Diese Prüfung dürfte Wochen in Anspruch nehmen, woran sich eine längere Weihnachtspause schließen wird. Erst nach Weihnachten dürfte an die politischen Fragen und an den Versuch ihrer Lösung herangetreten werden.

Die Wirtschaftskonferenz in Washington.

Neuyork, 22. November. In Washington begann die große amerikanische Wirtschaftskonferenz unter dem Vorsitz Hoovers. An der Konferenz nehmen außer dem Finanzsekretär Mellon und dem Handelssekretär Lamont 22 Großindustrielle und viele Vertreter amerikanischer Handelskammern teil. U. a. werden Henry Ford, Sloane, der Präsident der General Motors, Teagle von der Standard Oil of New-Jersey, ferner Owen Young und der Präsident der Bethlehem Steel, Grace teilnehmen. Am Nachmittag fand eine große Arbeiterkonferenz unter dem Vorsitz des Arbeitersekretärs Davis statt.

Die amerikanische Abordnung für die Londoner Konferenz.

Neuyork, 22. November. Präsident Hoover hat jetzt die Namen der Mitglieder der amerikanischen Abordnung für die Londoner Fünfmächtekonferenz bekanntgegeben. Vertreter der Vereinigten Staaten sind: Marinesekretär Adams, der Londoner Botschafter General Dawes, der Botschafter in Mexiko, Morrow und der Gesandte in Brüssel, Gibson. Außerdem gehören der Abordnung Staatssekretär Stimson und die Senatoren Reed (Pennsylvania) und Robinson (Arkansas) an. Als Berater werden die Admirale Pratt und Jones die Abordnung begleiten.

Kleine politische Meldungen.

Keine Erkrankung des Reichspräsidenten. Im Ruhrgebiet sind Gerüchte verbreitet, nach denen es dem Reichspräsidenten gesundheitlich nicht gut gehen solle. Diese Gerüchte sind falsch. Der Reichspräsident ist wohlauf.

Die englisch-amerikanischen Vorverhandlungen abgeschlossen. Die englisch-amerikanischen Vorverhandlungen für die Flottenabrüstungskonferenz können als beendet angesehen werden.

Keine Ermordung Nadir Khans. Meldungen aus Delhi bezeichnen Gerüchte von einer Ermordung des neuen Königs von Afghanistan, Nadir Khan als falsch.

Die Opfer der Unruhen in Palästina. Die Zahl der bei den Unruhen in Palästina ums Leben gekommenen Personen betrug nach einer amtlichen Mitteilung im Unterhaus 207; verletzt wurden 379 Personen.

Aus der Umgegend

Nebra, 22. November.

— **Friedhofsandacht.** Auch in diesem Jahre soll bei einigermaßen günstigem Wetter am Totensonntag eine Friedhofsandacht auf dem Platz vor der Leichenhalle nachm. um 3 Uhr abgehalten werden. Der Gemischte Chor wird die Feier mit seinen Liedern umrahmen. Auch im Hauptgottesdienst am Vormittag wird der Gemischte Chor mitwirken.

— **Stadtlichtspiele.** Ein Film von außerordentlicher Tragik wird am Sonntag abgerollt, er betitelt sich: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". Das russische Weltreich war morsch, überaltert. Der Weltkrieg, vom Zaren und seinen Trabanten heraufbeschworen, sollte noch einmal den Bestand der Krone retten, aber dieser Krieg ging für Rußland verloren. Das russische Volk streifte die Ketten ab und dieser Umsturz im Zarenreiche warf Wogen, die bis am äußersten Ende der Welt verspürt wurden. Szenen aus jener Zeit veranschaulicht dieser Film. Das Beiprogramm wird belehrenden Charakter aufweisen.

— **Die Theaterfahrt der Volksbühne Artern nach Erfurt** findet dieses Mal erst am **Sonntag, den 12. Januar 1930,** statt. Zur Aufführung gelangt die Oper „Tannhäuser" von Richard Wagner. Die Teilnehmer fahren 10^{15} in Roßleben ab und treffen abends 22^{21} wieder hier ein. Der Gesamtpreis für Eisenbahnfahrt, Theaterkarte, Programm und Garderobe beträgt wieder 5,10 RM. Anmeldungen unter gleichzeitiger Hinterlegung des Teilnehmerbetrages sind bis zum Sonnabend, den 28. d. Mts., bei Herrn Kaufmann Gutsmuths zu tätigen. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Ein Textbuch zur Oper kostet 30 Pf.

Roßleben. [Unfall.] Am Freitag v. W. verunglückte der bei Herrn Sattlermeister List im ersten Lehrjahr stehende Lehrling Bernhard Schmidt aus Allersleben bei einer Beschäftigung in der Zuckerfabrik. Er hatte das Unglück, mit der Nähahle auszurutschen und sich an einem Auge zu verletzen. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle, auch wurde der Verunglückte sogleich nach Naumburg in die Klinik gebracht, wo nunmehr, nachdem die Geschwulst sich verzogen hat, festgestellt wurde, daß die Sehkraft auf dem verletzten Auge total verloren ist.

Bottendorf. Die Jagdverpachtung der hiesigen Gemeindejagd ist nunmehr zum Abschluß gekommen; der etwa 4 100 Morgen umfassende Jagdbezirk ist in drei selbständige Jagdbezirke aufgeteilt. Heinrich Steinhoff und Barbier Thomas Weberling.

Artern. Beim Läuten am Bußtag-Gottesdienst sprang einer der vier Bügel der großen Glocke, sodaß die Läuter das Weiterläuten mit ihr vorsichtshalber einstellten. Der Schaden wird sich bald beheben lassen.

Burgscheidungen. Im Schloß Burgscheidungen ist vor einigen Tagen eingebrochen worden. Die Diebe betraten nur die beiden Räume, in denen Wertgegenstände aufbewahrt wurden und nahmen aus diesen die dort lagernden wertvollen, orientalischen Teppiche mit. Die Landeskriminalstelle in Halle a. S. ist den Dieben auf der Spur und nimmt zweckdienliche Angaben entgegen.

Bad Frankenhausen. Die gefährliche „Lohe". Der Papiermühlenarbeiter Karl Schrader: pflückte in seinem Garten Pflaumen, die in diesem Jahre vielfach von der „Lohe" befallen sind und deshalb auch ein schwarzes Aussehen haben. Die sogenannte „Lohe" geriet bei dem kräftigen und sonst nie kränklichen Manne in eine Wunde und verursachte Blutvergiftung, die schließlich eine tödliche Wirkung hatte.

Weimar. Neue Verhaftung von Ada Petersen. Im Juli vorigen Jahres erregte in Erfurt eine Affäre großes Aufsehen, in deren Mittelpunkt der Direktor des Tattersalls, Rittmeister a. D. Hans Otto Schmidt, stand. Er wurde eines Morgens mit tiefen Stichwunden in der Brust in seiner Wohnung aufgefunden und starb nach einigen Tagen im Krankenhaus. Als der Tat verdächtig wurde die aus Hamburg stammende Ada Petersen verhaftet, die zuletzt in einer Bar beschäftigt war und für die sogenannte Lebewelt einen starken Anziehungspunkt bildete. Sie leugnete zunächst, legte aber dann unter dem Druck der gegen sie sprechenden Tatsachen ein Geständnis ab, nach dem sie den Rittmeister mit einem Jagdgewehr während eines Streites, also in starkem Affekt, verletzt haben wollte. Verschiedene Anzeichen, die bei der Verhafteten angeblich auf schwere Hysterie schließen lassen mußten, veranlaßten eine monatelange Beobachtung, und auf Grund eines für sie günstigen Gutachtens wurde die Petersen vor längerer Zeit aus der Haft entlassen. Neue Verdachtsmomente, die die Tat in einem wesentlichen anderen Lichte erscheinen lassen, führten jetzt dazu, daß gegen die Petersen erneut Haftbefehl erlassen wurde. Ihre Verhaftung erfolgte vor einigen Tagen in Kiel. Es ist Anklage wegen Totschlags gegen sie erhoben worden. Der Prozeß vor dem Schwurgericht Erfurt wird aller Vermutung nach mit manchem sensationellen Einschlag aufwarten.

Weimar. Ein Anzeigenschwindler. Der Reisende Willi Finke, geboren am 4. Februar 1878 in Herzfelde, hat in letzter Zeit in einer größeren Stadt Mitteldeutschlands Geschäftsleute geschädigt, indem er für Inserate für den „Reichsverlag für Handel und Industrie" in Berlin, bei dem er seit Ende September 1929 entlassen ist, Gebühren von 5 bis 10 Mark annahm. Von den Bestellscheinen der Firma befüllt Finke noch eine Menge und wird versuchen, sie in anderen Orten unterzubringen. Er trennt den unteren Teil ab und überklebt damit den Vermerk „Vertreter ist nicht zum Inkasso berechtigt. Zahlungen an Vertreter erkennen wir nicht an."

Golpa bei Bitterfeld. Abraumwagen tötet einen Arbeiter. Der Arbeiter Paul Voigt aus Raguhn verunglückte auf dem Abraumbetrieb der Firma Wittkop. Ein Abraumwagen war aus den Schienen gesprungen und nach der falschen Seite umgestürzt, wobei er Voigt unter sich begrub. Auf dem Transport nach dem Bergmannstrost in Halle ist Voigt den Verletzungen erlegen.

Jena. Auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt. Das im Jahre 1926 hier erschienene Werk von Ernst Michel: „Politik aus dem Glauben", ist von der Kongregation des heiligen Officiums erworben und auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden.

Glöthe. Polizeihund ermittelt Unfugstifter. Fünf Burschen aus unserer Gegeinde hatten im Dorfe, nach vorhergegangener Kneiperei, gröbsten Unfug verübt, Fensterläden und Gartentüren ausgehängt und verschleppt, drei mit Rüben beladene Wagen abgeladen und die Rüben verstreut. Der auf die Spur gesetzte Polizeihund des Oberlandjägers Schildhauer aus Calbe a. d. S. stellte die Täter fest, die dann nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis ablegen mußten.

Zorge (Südharz). Todessturz. Beim Pflücken von Tannenäpfeln stürzte ein achtjähriger Knabe ab. Die Tannenäpfel werden aus den hohen Gipfeln der Bäume gepflückt, wobei es üblich ist, daß sich der Pflückende von einer Tanne zur anderen hinüberschwingt. Der Knabe faßte jedoch vorbei und stürzte aus etwa 10 Meter Höhe in die Tiefe. Die Verletzungen führten zum Tode.

Königswartha. Blinder läuft in einen Zug. Der fast völlig erblindete 18jährige Willi Westerrischer wurde von einem Zuge überfahren und getötet. Er soll nach Aussage eines Augenzeugen direkt in den Zug hineingelaufen sein.

Hoyerswerda. Vier Stunden unfreiwilliges Bad. Beim Ausweichen fuhr hier ein Postauto in die Spree. Der Lenker des Wagens konnte sich nicht aus dem Führersitz befreien und mußte ein vierstündiges unfreiwilliges Bad nehmen, da es so lange dauerte, bis der Wagen aus dem Wasser gezogen werden konnte.

Aus Nah und Fern.

Stettin. Schreckensfahrt. Ein schweres Autounglück ereignete sich in der Nähe des Ortes Zanow, Kreis Schlawe, auf der Landstraße. Ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen stieß in voller Fahrt gegen einen Baum, wobei ein Mann so schwer verletzt wurde, daß er gleich darauf starb, während eine Frau sowie der Fahrer des Kraftwagens mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus in Köslin gebracht wurden.

Breslau. Die Unterbringung der Frau Neumann. Der erste Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts hat in Sachen der Wirtschafterin Frau Neumann die Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. Salz gegen den Unterbringungsbeschluß in die Heil- und Pflegeanstalt in Bunzlau mit der Maßgabe verworfen, daß Frau Neumann nicht in Bunzlau, sondern in die Heil- und Pflegeanstalt auf der Einbaumstraße in Breslau untergebracht wird. Die Gründe für diese Aenderung liegen darin, daß hierdurch die Verbindung des Rechtsanwaltes mit Frau Neumann erleichtert wird.

Karlsruhe. Der Zusammenbruch des Banthauses Bürkle & Co. scheint weite Kreise der Geschäftswelt in Freiburg in Mitleidenschaft gezogen zu haben. Der deutsche Charitas-Verband soll allein einen Verlust von 300 000 Mark erlitten haben, das Kloster Sankt Trudberg einen solchen von 500 000 Mark. Viele Geistliche und Beamte, die auf das allgemeine Vertrauen hin, das das Bankhaus bei Handwerker ihr Geld bei Bürkle & Co. angelegt hatten, befürchtet man, daß eine größere Anzahl von Geschäftsleuten und Handwerkern ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Düsseldorf. Die Morduntersuchung zieht immer weitere Kreise. Jetzt traf der Berliner Schriftsachverständige, Kriminalrat Schweikart, in Düsseldorf ein. Schweikart, der in Berlin schon die mannigfaltigsten Aufgaben an Hand von Schriftproben gelöst hat, soll hier die Mörderbriefe einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Ferner ist Ministerialdirektor Dr. Kopp vom preußischen Innenministerium, der Leiter der Landeskriminalpolizei hierher gekommen, um mit den Düsseldorfer Kriminalisten die weiteren Ermittlungen einer Erörterung zu unterziehen.

Köln. Von der Staatsanwaltschaft wird im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Zugunglück bei Buer mitgeteilt, daß noch nicht feststeht, ob gegen den Lokomotivführer Nordhaus und gegen den Fahrdienstleiter Fischer oder überhaupt gegen irgendwen Anklage erhoben wird. Die Akten über das Unglück befinden sich wegen Erstattung eines Sachverständigengutachtens bei der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg. Von dem Ausfall dieses Gutachtens dürfte es abhängen, ob überhaupt Anklage erhoben werden wird.

Friedrichshafen. Das neue Luftschiff. Die neue Zeppelin-Halle ist fast fertig. Das westliche Tor geht ebenfalls seiner Vollendung entgegen. Bis Mitte nächsten Monats wird die Halle ihrer Bestimmung übergeben werden können. Anfang nächsten Monats wird die Halle ihrer Bestimmung übergeben werden können. Anfang nächsten Monats wird die Halle ihrer Bestimmung übergeben werden können. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird mit dem Bau des Luftschiffes „L. Z 128" begonnen, dessen Pläne bereits fertiggestellt sind. Das neue Luftschiff wird im Frühjahr 1931 fertig sein und im Sommer bereits seine großen Fahrten unternehmen.

Stadtlengsfeld. Rhönhandwerkertagung. Das Handwerk der Rhön hatte sich hier zu einer eindrucksvollen Tagung zusammengefunden. Der Versammlung wohnten zahlreiche Vertreter des Handwerks aus thüringischen Städten bei. An Stelle des Reichstagsabgeordneten Dunkel, Erfurt, der einen Vortrag über die Notlage des deutschen Handwerks halten wollte, sprach Syndikus Dr. Schultze, Weimar, vom Mitteldeutschen Handwerkerbund über die Wirtschaftslage des Handwerks. Sowohl von Syndikus Dr. Schultze, Weimar, als auch vom zweiten Redner, Edeka-Direktor Rommel, Bacha, wurde engerer Zusammenschluß aller handwerklichen Berufszweige verlangt.

Gölchnitz. Das Alte stürzt... Nachdem die Ziegelei in dem benachbarten Sulza schon seit längerer Zeit ihren Betrieb eingestellt hat, ist jetzt der 36 Meter hohe Schornstein der Ziegelei umgelegt worden. Der Antrag zur Niederlegung wurde vom Pionierverein Jena ausgeführt. Bei der Sprengung knickte der Schornstein zweimal ein und fiel in der vorher genau berechneten Richtung zusammen. Es war eine zahlreiche Menschenmenge zugegen.

Chemnitz. Geständiger Sittlichkeitsverbrecher. Der am 15. November auf Erfenschlager Flur an einer auf dem Heimwege befindlichen Arbeiterin verübte Notzuchtversuch ist aufgeklärt. Der zunächst unbekannte Täter ist von der Gendarmerie als ein arbeitsloser 28jähriger Einwohner von Einsiedel ermittelt worden. Er ist geständig. Die Tat soll nach seinen Behauptungen in angetrunkenem Zustande geschehen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291123-19/fragment/page=0002

Dresden. Er reiste in „Wohltätigkeit". In letzter Zeit trat in Dresden und anderwärts ein Schwindler auf, der sich „Regierungsassessor Würzbach" nannte. Er gab an, im Auftrage eines Wohltätigkeitsinstituts die Unterbringung schulpflichtiger Kinder in eine Erholungsstätte zu vermitteln. Für seine Bemühungen forderte er Beträge von 10 bis 20 Mark. Von der Dresdener Kriminalpolizei wurde an dem Unbekannten ein 21jähriger früherer Handelsschüler von hier ermittelt, der nunmehr in Plauen i. V. festgenommen werden konnte.

Wieder ein Eisenbahnanschlag.

Magdeburg, 21. November. In der Nähe von Braunschweig wurde zwischen den Stationen Groß-Gleibingen und Broitzem ein neuer Eisenbahnanschlag verübt. Der oder die Täter hatten drei Sandsteinplatten mit einem Gewicht von je einem halben Zentner, die neben den Gleisen auf einem Ueberweg als Treppe eingesetzt waren, ausgegraben und auf die Schienen gepackt. Der Personenzug um 3.38 Uhr fuhr auf die Platten auf und zermalmte sie

18 Monate Gefängnis für Direktor Anders.

Leipzig, 21. November. Der für den Zusammenbruch des Leipziger Bankvereins verantwortliche Direktor Anders wurde vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen Paragraphen 314 des Handelsgesetzbuches in Tateinheit mit Vergehen gegen Paragraph 340 der Konkursverordnung wegen Betruges zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Erdbebenschäden auf Neufundland.

Neuyork, 22. November. Von der Südküste Neufundlands hier eintreffende Meldungen besagen, daß durch Ueberschwemmungen, die infolge des Erdbebens am Montag hervorgerufen wurden, 27 Personen ertranken. Auf der Burin-Insel wurden 16 Häuser weggeschwemmt, wobei 18 Personen umkamen. Auch in anderen Orten ist großer Sachschaden angerichtet worden.

Freilassung Lampels gegen Sicherheit.

Einer Außerverfolgungsetzung wird nicht stattgegeben.

= **Breslau**, 22. November.

In Sachen Lampel und Genossen hat der Untersuchungsrichter in Neisse auf den Haftentlassungsantrag der Beschuldigten entschieden, daß die Angeschuldigten von der weiteren Untersuchungshaft verschont bleiben sollen, wenn Sie insgesamt eine Sicherheit von 20 000 Mark hinterlegen.

Ueber den Antrag der Verteidigung auf Außerverfolgungsetzung ist jedoch nicht entschieden worden. Der Verteidiger hatte den Antrag damit begründet, daß für die Angeschuldigten bei der Tötung des Köhler ein Notstand vorgelegen hätte und daß auf sie außerdem das deutsch-polnische Amnestieabkommen angewendet werden müsse. Es ist kaum anzunehmen, daß das Gericht diesem Antrag stattgeben wird. Ein Notstand konnte bekanntlich bisher einwandfrei nicht festgestellt werden. Das Amnestieabkommen erstreckt sich nur auf das oberschlesische Abstimmungsgebiet und die Tat an Köhler ist außerhalb des Abstimmungsgebietes schon vorher begonnen worden durch die Gefangennahme in Kohlhöhe bei Striegau.

Flugzeugabsturz über Neuyork.

Passagier durch Fallschirm gerettet.

♂ **Neuyork**, 22. November.

Ueber einem der belebtesten Teile von Neuyork stürzte ein Passagierflugzeug aus 500 Meter Höhe ab. Die Trümmer prallten auf ein Hausdach, das schwer beschädigt wurde. Der Flugzeugführer wurde getötet; der Passagier konnte sich durch Fallschirmabsprung retten.

Der Absturz des Flugzeuges rief unter den in den Straßen sich aufhaltenden Menschen ungeheures Aufsehen hervor. Ungezählte Menschen beobachteten, wie das Flugzeug in einer Höhe von etwa 400 Metern sich plötzlich nach unten neigte, um dann mit riesiger Geschwindigkeit niederzusausen und am Gebäude des Christlichen Vereins junger Männer zu zerschellen. Da es in Amerika Vorschrift ist, daß jeder Flugzeugfahrgast einen Fallschirm trägt, gelang es dem einzigen Fahrgast des Flugzeuges, sein Leben zu retten. Der Aufschlag des Flugzeuges war meilenweit hörbar.

Berliner Besprechungen Karachans.

Berlin, 22. November. **Der stellvertretende Leiter des sowjetrussischen Außenkommissariats Karachan hat seinen Berliner Aufenthalt zwar nicht zu einem offiziellen Besuch bei dem neuen deutschen Außenminister Dr. Curtius verwendet, trotzdem aber mit den maßgebenden Stellen des Berliner Auswärtigen Amtes eingehend Fühlung genommen, um politische Fragen zu besprechen. Im Vordergrund der Besprechungen hat dabei, wie in Berliner politischen Kreisen verlautet, die Frage des jeoben getätigten deutsch-polnischen Liquidationsvertrages gestanden, dessen Bedeutung von russischer Seite sehr hoch eingeschätzt wird. In diesen Besprechungen ist von Karachan insbesondere darauf hingewiesen worden, daß durch den Vertrag die außenpolitische Prestigestellung Polens in Osteuropa stark gestützt werde, da Polen auf diese Weise mit einem Schlag alle die gegen Polen angestrengten, im Ausgang für Polen wenig aussichtsreichen internationalen Streitigkeiten vor dem Pariser Schiedsgericht und dem Haager Weltgerichtshof losgeworden sei. Karachan hat darüber hinaus seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese Verbesserung der Stellung Polens von diesem zu neuen Unnachgiebigkeiten gegen Rußland ausgewertet werden würde.**

Die Straffälligkeit der Jugendlichen steigt.

Berlin, 22. November. **Wie aus dem demnächst erscheinenden Verwaltungsbericht des Landes-Wohlfahrts- und Jugendamtes Berlin hervorgeht, ist in der Arbeit der Jugendgerichtshilfe besonders bemerkenswert, daß — entgegen den Erfahrungen der letzten Jahre — die Zahl der Ueberweisung von straffälligen Jugendlichen mehr und mehr steigt. Es ist jetzt fast die Gesamtzahl des Jahres 1923 wieder erreicht worden. Besonders bedenklich sind die vielen Verurteilungen wegen Körperverletzung, weil es sich bei diesen Taten oft um sehr arge Rohheitsdelikte handelt.**

Verhandlungen zwischen Litauen und Memel.

Kowno, 22. November. **Die memelländische Abordnung für die Verhandlungen zwischen der litauischen Regierung und dem Memelgebiet ist von Kowno wieder nach Memel abgereist, da die Mitglieder der Abordnung an der am Freitag stattfindenden Sitzung des memelländischen Landtages teilnehmen wollen. Die Verhandlungen werden erst zu Beginn der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.**

Ubootkommandant Hashagen in England.

Der deutsche Bootkapitän Hashagen, der zurzeit in England weilt und dort Vorträge für den Frieden hält, im Gespräch mit dem englischen U-Bootzerstörer-Kapitän Lewis.

Große Ueberschwemmungen in Wales. Die starken Regenfälle in den letzten Tagen haben in Wales zu zahlreichen Ueberschwemmungskatastrophen geführt. Durch einen Dammbruch des Duffryn-Sees bei Neath in Glasmorgan Shire sind weite Ländereien des Gebiets überflutet. Zahlreiche Häuser der umliegenden Dörfer stehen unter Wasser und mußten geräumt werden. Die Flüsse Avon und Llond sind weit über ihre Ufer getreten, während im Fluß Ebbow zwischen Cardiff und Newport ein Damm gebrochen ist. In zahlreichen Dörfern stehen viele Straßen unter Wasser, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Der Zugverkehr ist stellenweise stillgelegt. Der Schaden in den Ueberschwemmungsgebieten ist beträchtlich. Bisher ist nur der Verlust eine Menschenlebens zu beklagen.

Die Wiener Sängerknaben in Stockholm. Die Sängerknaben der ehemaligen Hofburgkapelle in Wien führten im Stockholmer Konzerthaus die Haydn-Oper „Der Apotheker" und eine Reihe von Chorgesängen auf. Die Zuhörer spendeten dem Dirigenten und Regisseur Professor Heinrich Müller und seinem Chor stürmischen Beifall. Auch die Pressekritiken sind voller Anerkennung für die Leistung der jungen Wiener Sänger.

Die Wiederherstellung der durch das Seebeben zerstörten Ueberseekabel. Die Kabelgesellschaften, deren Kabel durch ein Seebeben an der nordamerikanischen Küste gebrochen sind, haben sofort Schritte zur Wiederherstellung der zehn zerstörten Linien eingeleitet. Verschiedene Kabelschiffe sind bereits unterwegs, um die Bruchstellen zu suchen. Wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt, am stärksten betroffen ist die Commercial Cable Co., von deren vier Europakabeln drei gebrochen sind. Der Nachrichtenverkehr ist durch den Ausfall stark beeinträchtigt.

Pfeilereinsturz beim Bau der Vatikanbahn. Durch die heftigen Regengüsse der letzten Tage ist einer der Pfeiler der im Bau befindlichen Eisenbahnüberführung zur Vatikanstadt unterwaschen worden und umgestürzt, so daß die Via Aurelia für mehrere Tage gesperrt ist. Glücklicherweise konnten sich die Bauarbeiter rechtzeitig retten, so daß keine Menschenleben zu beklagen sind. Die Fertigstellung der Eisenbahn wird durch diesen Umstand hinausgeschoben.

Ein Postraub in Lausanne. In Lausanne wurde auf das Postbüro an der Avenue d'Ouchy ein frecher Raubüberfall verübt. Zwei maskierte Leute drangen durch die Diensttür in das Postbüro ein und verlangten unter Drohung mit Revolvern, daß ihnen die Kasse ausgehändigt werde. Nach Empfang des Geldes, das allerdings nur 150 Franken ausmachte, verschwanden sie. Bis jetzt konnten ihre Spuren noch nicht aufgefunden werden.

Ein Kohlenzug entgleist. Auf dem Bahnhof von Bath entgleiste ein Güterzug mit 30 Kohlenwagen und stürzte einen Abhang hinab auf einen Lagerschuppen. Vier Eisenbahner wurden getötet und drei verwundet. Der Schuppen wurde gänzlich zerstört.

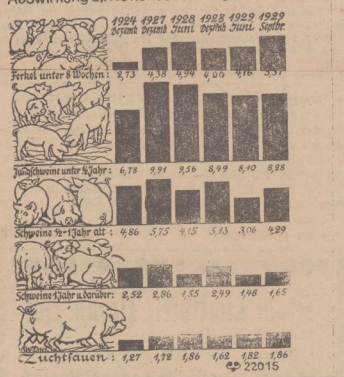
Vermischtes.

○ **Woher kommt das „Schema F"?** In der preußischen Armee gab es früher ein kleines Heft, das die Muster für alle jene Rapporte enthielt, die den Vorgesetzten bei besonderen Anlässen, wie Besichtigungen, Aufziehen der Wachen, Einrücken ins Manöver usw. überreicht werden mußten. Sie hießen allesamt „Frontrapporte" und das Muster dazu nun abgekürzt „Schema F". Von alters her stand daher in jedem Besichtigungsbefehl: „Bei Ankunft des Kommandierenden Herrn Generals ist demselben bei der Meldung ein Rapport nach „Schema F" zu überreichen." Diese öfter wiederholte Bezeichnung ist dann auch Gebrauch geworden, wenn es sich um Dinge handelt, die mit den Frontrapporten — dem Schema F — gar nichts zu tun hatten, deren Erledigung aber stets nach ein und derselben Formel zu erfolgen pflegte.

○ **Wann geht der Zug nach Jüterbog?** Man schildert uns das folgende angeblich wahre Erlebnis: Ort: Anhalter Bahnhof, Berlin. Mittagszeit. Eine ältere Frau, sichtlich ländlichen Kreisen angehörend, geht zum Fahrkartenschalter und verlangt eine Fahrkarte Holzklasse nach Jüterbog. Dann fragt sie: „Wann geht der nächste Zug?" Darauf der Beamte einen Augenblick prüfend und vermutlich bei sich denkend, daß das Mütterchen die neue Zeitrechnung mit den 24 Stunden noch nicht beherrscht: „Der Zug geht um 1.34 Uhr." Die Frau nickt und geht die Treppe hinauf zu den Bahnsteigen. Vorsichtig, wie solche Leute, die selten reisen, nun einmal sind, fragt sie oben, da ihr der Mann mit der roten Mütze gerade über den Weg läuft, den Fahrdienstleiter: „Bitte schön, wann geht der Zug nach Jüterbog?" Der, ganz Beamter: „Jüterbog? 13.34 Uhr." Die alte schüttelt den Kopf, geht zum Bahnsteigschaffner, reicht ihm die Fahrkarte und sagt: „Können Sie mir sagen, wann der Zug nach Jüterbog geht?" Darauf die Antwort: „Um vier Minuten nach halb zwei." Und nun das alte Mütterchen hilfeflehend zu mir, der nicht ganz zufällig hinter ihr steht: „Ist denn hier auf dem Bahnhof kein vernünftiger Mensch, der einem darüber Auskunft geben kann, wann der Zug nach Jüterbog geht?"

○ **Fort mit den Festreden!** Jedermann, der im öffentlichen Leben steht und das zweifelhafte Vergnügen genießt, Einweihungen, Stiftungsfeste, Festbankette und dergleichen mitzumachen, wird schon wiederholt die Unannehmlichkeit der Festreden empfunden haben. Nun hat sich in London ein Bund gebildet, der den Zweck verfolgt, die Festansprachen auf ein Mindestmaß von Zeit zurückzuführen. Die Festredner sollten nach dem Grundsatz verfahren: „Sag, was du willst, knapp und bestimmt! Laß alle schönen Phrasen fehlen! Wer nutzlos unsere Zeit uns nimmt, besteht uns, und — du sollst nicht stehlen!" Demzufolge darf kein Festredner länger als höchstens zwei Minuten sprechen. Es ist auch schon die Probe aufs Exempel gemacht worden; bei einem großen Festessen sprach der Vorsitzende des neuen Bundes genau 87 Sekunden. Dann setzte er sich und die Zuschauer waren überwältigt vor Begeisterung. Wir schlagen vor, da ßdies eBispiel auch bei uns Nachahmung finden möge; man muß sagen, daß die Engländer sich hier wieder einmal als sehr vernünftige Menschen erwiesen haben.

○ **Völker, die keine Eier essen dürfen.** In seinen afrikanischen Reiseberichten erzählt Richard Kandt einmal von einem Negerboy, dessen Ekel vor den von den Europäern verzehrten Hühnereiern so weit ging, daß er sich sogar weigerte, die Teller zu reinigen, an denen noch Reste von Rührei hafteten. Diese Abneigung, die man bei vielen Negern, oft auch bei den Arabern findet, ist jedoch in der Regel durch Eierverbote begründet. Merkwürdigerweise ist bei zahlreichen afrikanischen Negerstämmen der Genuß von Hühnereiern streng untersagt, was umso verständlicher ist, als diese Gesetze oft gerade in solchen Gebieten gelten, in denen die Hühner zahlreich vorkommen. Solche Eierverbote herrschen z. B. in Darfur und Wadai, bei den Betschuanen, Bajutos und Kaffern. Dagegen werden bei den Bergstämmen der Khassias die Eier zum Wahrsagen verwendet, zu welchem Zweck man sie auf die Erde wirft und aus den Spuren, die sie hier zurücklassen, zukünftige Geschehnisse prophezeit. Die afrikanischen Eiergesetze haben einmal den Tod eines deutschen Forschers zur Folge gehabt. Im Jahre 1856 wurde südlich vom Tschadsee der Afrikareisende Eduard Vogel von den Eingeborenen ermordet, doch erst zwanzig Jahre später gelang es Nachtigal, Genaueres über das Schicksal Vogels zu erfahren. Es stellte sich heraus, daß der „fremde weiße Mann" fast nur Eier gegessen habe, was den Eingeborenen genügte, den Fremden mit Mißtrauen und Haß zu verfolgen und ihm nach dem Leben zu trachten. Bei vielen Negerstämmen gilt das Ei erst dann als ekhar, wenn es bereits „bemoost", oder wie sie sagen, „voll Fleisch" ist, d. h. wenn in seinem Innern schon das geformte Küchlein liegt.



Winter-Fahrplan der Unstrutbahn

Giltig ab 6. Oktober.

Naumburg—Artern						Artern—Naumburg					
5.02	9.12	12.45	18.17	20.30	ab Nmbrg. an	7.06	10.16	13.49	18.44	23.23
5.35	9.41	13.24	18.49	21.03	Lauchа	6.34	9.42	13.23	18.14	22.55
6.04	10.06	13.55	19.16	21.32	Bibrg.	6.02	9.06	12.58	17.48	22.29
6.13	10.15	14.04	19.25	21.41	Nebra	5.50	8.56	12.45	17.37	22.21
6.36	10.33	14.24	19.48	22.03	Rößleb.	5.30	8.36	12.25	17.17	22.02
7.05	11.08	14.53	20.22	22.28	Reinsdf.	5.03	8.06	11.53	16.44	21.34
7.11	11.14	14.59	20.28	22.34	an Artern ab	4.56	7.59	11.46	16.36	21.21

Bitzenburg—Querfurt

W			W	S		W			W	S
7.05	10.10	14.10	19.17	21.32	ab Bitzenbg. an	5.59	9.00	12.55	17.45	17.45
7.37	10.42	14.46	19.49	22.04	Leimb. G.	5.07	8.26	12.26	17.10	17.18
7.48	10.53	15.04	20.00	22.15	Thaldorf	4.38	8.09	12.10	16.51	17.07
7.51	10.56	15.10	20.03	22.18	an Querfurt ab	4.30	8.04	12.04	16.46	17.03

Kirchliche Nachrichten

Totensonntag, den 24. November 1929.

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche (Gemischter Chor).
½12 Uhr Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindesaal.
2 Uhr Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.
3 Uhr Friedhofsandacht unter Mitwirkung des Gemischten Chors (findet nur bei einigermaßen günstigem Wetter statt).
5 Uhr Beichte und heil. Abendmahl. (Anmeldungen Sonnabend erbeten.)

Mittwoch, abends **8** Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.
Freitag, abends **8** Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.
Getauft wurde am 17. November Rolf Werner Hermann und am 20. November Rosa Annemarie Nöckel.
Beerdigt wurde am 17. November der Hofoberwalter Franz Andrae im Alter von 73 Jahren.

Weiße und gesunde Zähne. „Da ich schon seit Jahren meine Zähne mit Ihrem hochgeschätzten „Clorodont" und Ihrer Chlorodont-Zahnbürste pflege, so will ich ihnen meine Anerkennung für ihre Präparate entgegenbringen, denn meine Zähne sind so weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden." Gez. Karl Stein, Ensersberg/Saar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291123-19/fragment/page=0003

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt in Jena.

Jena, 22. November. **Der Polizei ist es jetzt gelungen, in Jena eine Falschmünzerwerkstatt auszuheben. Verhaftungen sind bereits in Jena und Leipzig vorgenommen worden. Bei den Tätern handelt es sich um Metallarbeiter, die in einem Jenaer Fabrikbetrieb beschäftigt waren, dort aber kürzlich entlassen wurden. Die Falschmünzer beschäftigten sich mit der Herstellung von Zweimarkstücken mit der Jahreszahl 1926 und dem Münzzeichen A. Die falschen Stücke wurden in Jena und auch in benachbarten Städten verausgabt.**

Hotelbrand in Eisenach. 22019

Die Wartburgstadt Eisenach wurde in einer der letzten Nächte von einem der schwersten Brände ihrer an Brandkatastrophen reichen Geschichte heimgesucht. Das städtische Kurhaus, der Fürstenhof, der der größte Kongreßsaal Thüringens war, wurde ein Raub der Flammen. Die Brandtrümmer mit dem ausgebrannten Kongreßsaal und dem eingestürzten Turm. Im Hintergrund die Wartburg.

Berliner Ereignisse.

Pelze stark begehrt . . .

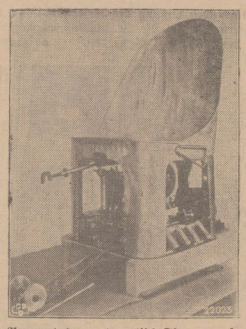
In Berlin vergeht neuerdings kein Tag mehr ohne Pelzdiebstähle. Von noch unbekannten Tätern ist jetzt ein Pelzkonfektionshaus in der Kleinen Jägerstraße heimgesucht worden, wo den Einbrechern Waren im Werte von 30 000 Mark in die Hände fielen.

Fünfzehn Lebensmüde am Bußtag.

In Berlin gingen am Bußtag sechs Menschen in den Tod. In neun anderen Fällen konnten die Selbstmordversuche noch vereitelt werden.

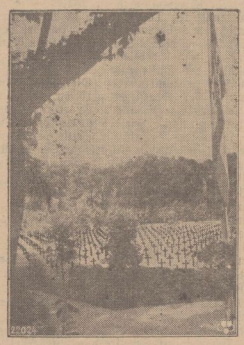
Es „spukt" noch immer.

Neuerdings ist das „Nachtgespenst", das schon seit geraumer Zeit in den verschiedensten Stadtteilen sein Unwesen treibt, in Wilmersdorf aufgetaucht. Im Hause Lauenburger Straße 20 stieg ein Mann durch ein offenes Fenster in die Parterrewohnung und drang in das Schlafzimmer der Wohnungsinhaber ein. Die Frau erwachte durch den Schein einer Taschenlampe und schrie laut um Hilfe. Der Mann zog sich nun zwei Revolver mit Munition angeeignet.



Ein Apparat, der automatisch Flugzeuge lenkt.

Das Sperry-Gyroskop, eine kürzlich von dem Amerikaner Elmer A. Sperry erfundene epochemachende Vorrichtung ist in der Lage, ein Flugzeug mit größerer Sicherheit und Beständigkeit durch Nebel und Dunkelheit zu lenken, als selbst der geübteste Pilot. Der Apparat hat eine Größe von nur 35 × 25 Zentimeter und wird unter dem Sitze des Piloten angebracht. Ausgedehnte Probeflüge zwei Monate hindurch, haben die Zuverlässigkeit der Erfindung erwiesen.



Zum Totensonntag.
Frankreich.

Und doch nur ein Kamel!

Von Alfred Weise *)

Inmitten der vielgestaltigen Versuche des Menschen, den Raum nach Maßgabe seiner Bedürfnisse zu bewältigen, dürfen wir eines Beförderungsmittels nicht vergessen, das Mutter Natur ihm an die Hand gab und dessen er sich seit unvordenklichen Zeiten bedient: des Kamels. Das Kamel ist im Rahmen seines Lebensraumes ein ideales Beförderungsmittel. Kamele sind vorbildliche Lastenschlepper und Bergsteiger, deren allseitige Verwendbarkeit die Daseinsgrundlage des Menschen erst gewährleistet. Das weiß der mongolische Nomade, darum legt er größte Sorgfalt auf ihre Pflege und näht seine Tiere bei Eintritt der rauhen Jahreszeit in Filzdecken ein, die ihnen erst Ende April wieder abgenommen werden. Dankt er ihnen doch Nahrung und Kleidung, den Rohstoff zu mancherlei Gerät, seinen Karawanendienst und nicht zuletzt oft das Leben. Dem Sohn der wasserarmen Steppe und nicht nur ihm, selbst seinem Roß ist das Kamel die Milchanstalt, ihr Ertrag sichert dem Kalmück ein angenehmes und nahrhaftes Getränk in Verbindung mit seinem Ziegeltee. Seine Gurte zum Verschnüren der Lasten, die Filzdecke seiner Jurten dankt er der Wolle des Kamels, deren weichen Flaum schon die altperischen Großen zu schätzen wußten. Die Haut dient der Verfertigung vorzüglicher Wasserschläuche, und der Mist ersetzt dem Nomaden in holzarmer Gegend das Brennmaterial, wie das geschmolzene Fett der Wachskerzen. Selbst der Kamelharn spielt eine gewichtige Rolle in der Wirtschaft des Nomaden. Als Ferment bei der Tuchbereitung, aber auch im Verkehr. So berichtet uns Klunzinger von braun oder dunkelgeld aussehenden Stellen der Karawanenstraßen, „wo der Tritt der Tiere auf einem kompakten, gebäuteten und geglätteten Boden fast unbs bar wird, auch macht sich ein eigentümlicher, oft stechender Geruch bemerklich. Es ist ein Harnplatz. Die Tiere machen von selbst oder auf einen schnalzenden Ton ihrer Führer halt und fügen je ihr Scherflein zur Instandhaltung des eigentümlichen Bodens bei. Nach diesen auffallenden Stellen, die sich ziemlich genau Meile für Meile wiederholen und daher vortreffliche Meilenzeiger abgeben, rechnet der Treiber und Beduine seine Reise, und sie sind daher für den Wüstenreisenden von Wichtigkeit." Auch Karren und Pflug dient das Kamel als Vorspann, es zieht geduldig den federlosen russischen Bretterwagen, ist Reit- und Posttier, besonders wenn Schnee die Steppe deckt und das Nomadenpferd unsicher werden läßt. Und bei alledem ist dieses Tier sein eigener Selbstsorger, findet sein Futter, wo Pferde und Schafherden bereits abgeweidet haben, verschmäht äußerlich bessere Lebensbedingungen, wenn es salzhaltige Böden und Pflanzen dafür eintauschen kann, an die es gebunden ist. Hierin liegt seine räumliche Begrenzung, hiervon hängt der Grad seiner Leistungsfähigkeit ab, hier offenbart sich aber auch seine einzigartige Verkehrsbedeutung, die es seit vorgeschichtlichen Zeiten zum Beförderungsmittel der großen Trockenräume unserer Erde gemacht hat. So wurde es zum Lebenskameraden schweifender Völker und und verschwand aus ihrer Wirtschaft, wenn sie seßhaft wurden. Kein Wunder, daß um dieses außergewöhnliche Tier sich Legende und Dichtung spannen, daß es einen Hauptraum im Denken des Nomaden einnimmt und seine Sprache voll ist von bildberreichen Wendungen aus seinem Leben.

*) Entnommen dem Werke: **Alfred Weise, „Vom Wildpfad zur Motorstraße".** Streifzüge durch die Geschichte des Verkehrs, die in anschaulicher und interessanter Weise eine plastische Vorstellung von den verschiedenartigsten Mitteln geben, durch die der Mensch versucht hat, Zeit und Raum zu überbrücken. Das vorbildlich schön ausgestattete Werk, in Halbleder gebunden, zum Preise von RM. 7.— Buchhandlung Berliner Straße 42—43.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat November 1929 fällig gewesenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Kommunal- und Hauszinssteuern sind binnen **drei Tagen** an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Nebra a. U., den 22. November 1929.

Wird veröffentlicht. **Die Stadtsteuerkasse.**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 24. November, 8¼ Uhr:

10 Tage, die die Welt erschütterten

Ferner:

Kultur-Film.

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Turn-Verein (D.T.)

Sonnabend, den 23. Nov., abends 8 Uhr

Versammlung

im „Ratskeller".

Aeußerst wichtige Tagesordnung.

Jedes Mitglied muß erscheinen.

Der Vorstand.

Blumentöpfe

in allen Größen zu haben bei

R. Barthel.

Spielkarten

hält vorrätig

Walter Schart.

Naturkräfte

sind kostbares Gut. Schützen Sie sich vor den Gefahren der Zugluft. Die wärme- und kräftebildenden Kaiser's Brust-Caramellen bringen sichere und schnelle Hilfe in leichten und schweren Husterfällen. Sie sind das wahre und billige, tausendfach bewährte Volksmittel. Mehr als 15 000 Zeugnisse. Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg. Gebrauchen Sie stets

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen

Zu haben bei: **Adler-Drogerie W. Gutsmuths, Nebra; Aug. Oelschig, Nebra.**

Ohne Reklame kein Geschäft!

Leipziger

Tagesauflage über

Neueste

180,000

Nachrichten

Größte, bedeutendste, einflußreichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands

Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probenummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Petersteinweg 19

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra a. U.**

Ihre Herbst- u. Wintermäntel

chem. reinigt oder färbt

in den modernsten Farben

Färberei Bartels • Naumburg

Chem. Reinigung — Grosswäscherei

Filiale Nebra bei Emil Krey.

Sie finden eine große Auswahl schöner, preiswerter

vorgezeichneter Handarbeiten

Tischdecken, Küchengarnituren, Kissen, Handtaschen, Quadrate, Ueberhandtücher usw.

Handarbeitswollen, Seiden, Stickgarne, Klöppelspitzen, Klöppeldeckchen.

Gustav Nauland

Artern

Er fühlte es selbst, daß seine Arbeitskraft nicht mehr dieselbe war, wie in früheren Jahren. Die Fähigkeit, sich schnell und andauernd zu konzentrieren, war ihm abhanden gekommen, und er war daher ständig bedrückt und unlustig. Sie wissen es selten selbst, wenn Sie an einem Sehfehler leiden und führen das Nachlassen Ihrer Spannkraft auf alle möglichen Umstände zurück, ohne an Ihre

AUGEN

zu denken. Besuchen Sie mich bitte! Ich will gern versuchen, Ihnen zu helfen.

Das Fachgeschäft für moderne Brillen-Optik

Rudolf Gabriel, Rossleben

Staatl. geprüfter Optiker

Fachmännische Brillen-Anpassung

auf wissenschaftlicher Grundlage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291123-19/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 139 — Sonnabend, den 23. November 1929 — 42. Jahrgang

Um den Beginn der Haager Konferenz.

Irreführende französische Meldungen.

Paris, 20. November.

Den völlig irreführenden französischen Meldungen, die bereits von einer

Festlegung der Haager Konferenz auf Anfang Januar und von einer Zustimmung der deutschen Regierung zu diesem Zeitpunkt berichten,

müssen die tatsächlichen Vorgänge der letzten Tage gegenübergehalten werden, die sich in keiner Weise mit der französischen Darstellung decken. Die Einberufung der Konferenz erfolgt durch den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar, dessen Aufgabe es ist, bei den sechs Hauptmächten — Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan und seiner eigenen Regierung — anzufragen, welcher Zeitpunkt ihnen recht ist.

Wenn eine Uebereinstimmung zwischen den sechs Hauptbeteiligten erzielt ist, werden die Einladungen von Ministerpräsident Jaspar an sie und an die kleineren Mächte ergehen.

Trotz nachdrücklicher Besprechungen mit der französischen Regierung ist es der Reichsregierung nicht gelungen, den Standpunkt Frankreichs, der sich bekanntlich auf dringende Haushaltsberatungen und die Schwierigkeit des Ausschusses für die Ost-Reparationen stützt, mit Erfolg zu bekämpfen.

Die Reichsregierung hat die französische Regierung wissen lassen, daß ihrer Auffassung nach der Zeitpunkt Anfang Januar für Deutschland sehr ungünstig sei und daß sie ihrerseits keinerlei Verantwortung für die Hinausschiebung der Haager Konferenz tragen wolle.

Jedenfalls hat die Reichsregierung im Gegensatz zu den Behauptungen der Pariser Presse dem Zeitpunkt von Ministerpräsidenten Jaspar mit der Anregung werden wird, die Konferenz für Anfang Januar einzuberufen. Ob Ministerpräsident Jaspar dieser Anregung folgen wird, läßt sich schwer voraussehen.

Beginn der Pariser Saarverhandlungen.

Begrüßungsansprachen Pernots und von Simsons.

Paris, 22. November.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen wurden in dem großen Speisesaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay eröffnet. Geheimrat von Simson erschien als erster von der deutschen Abordnung in Begleitung des deutschen Botschafters von Hoesch. Letzterer nahm an den Verhandlungen aber nicht teil. Die Sitzung begann mit einer Begrüßungsansprache des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten Pernot, der den bekannten Standpunkt der französischen Regierung zu den kommenden Verhandlungen darlegte und den Wunsch aussprach, daß die Verhandlungen zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder führen möchten.

Von Simson dankte für die freundliche Begrüßung und antwortete ausführlich unter Darlegung der deutschen Gesichtspunkte. Es wurde beschlossen, drei Ausschüsse einzusetzen:

1. Unterausschuß für Bergwerksfragen,
2. Unterausschuß für Handels- und Zollfragen,
3. Unterausschuß für juristische Fragen.

Ferner wurde vereinbart, daß diese Unterausschüsse zusammentreten sollen, sobald ihr Arbeitsprogramm von den Vorsitzenden der beiden Abordnungen festgelegt worden ist.

Man rechnet mit der Rückkehr.

Wenn eine gerechte Lösung nicht möglich sei . . .

Paris, 21. November.

Am heutigen Donnerstag vormittag wurden im großen Speisesaal des französischen Außenministeriums die deutsch-französischen Saarverhandlungen eröffnet. Die französische Presse betont, daß die Besprechungen streng vertraulich sein würden und daß im Augenblick nicht die Rede davon sein könne, die Frage auf das Gebiet der Politik zu bringen. In dieser Hinsicht sei die Lage eindeutig und klar.

Die Pariser Morgenblätter benutzten die Gelegenheit, um noch einmal den französischen Standpunkt darzustellen und die französischen Forderungen zu entwickeln. Im Jahre 1935 würden die Saarbewohner das Recht haben, zu wählen zwischen der „Rückkehr" nach Frankreich (wie die Blätter sich ausdrücken), der Wiedervereinigung mit Deutschland und der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Völkerbundsregimes.

Die Tatsache der Eröffnung der Verhandlungen allein, so schreibt das „Journal", lasse die Annahme zu, daß man auf französischer Seite mit der Wahrscheinlichkeit der Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland rechne. Andernfalls wären die Verhandlungen unnötig. Das Blatt behauptet weiter, das gegenwärtige Saarregime stelle alle Interessen zufrieden, (!) und die politische Lösung der Saarfrage werde nur durch den Völkerbund erfolgen können, nachdem ein Abkommen über die künftige Regelung der Interessen zustande gekommen sei.

Pertinax begründet im „Echo de Paris" die französische Verhandlungsbereitschaft mit der Möglichkeit eines für Frankreich ungünstigen Volksentscheides im Jahre 1935. Für die Aufgabe von fünf Jahren Herrschaft im Saar-

träumen von einer Wiederherstellung des großen vereinigten Rußlands. Im Interesse der Randstaaten liege das Erhalten des jetzigen Sowjetsystems in Rußlands, und darum bezeichnete der polnische Diplomat alle Andeutungen der russischen Presse, daß Polen an einem Antisowjetblock teilnehmen werde, oder ihn sogar organisiere, als grundsätzlich falsch. Ein derartiger Block würde zu den drängendsten Interessen Polens in schroffem Gegensatz stehen.

Neue französische Hetze im Elsaß.

Gegen Studenten und gegen Deutschland.

Straßburg, 22. November.

Die französische Presse hat einen neuen Anlaß gefunden, eine Hetze gegen die Autonomisten zu entfesseln. Die Stadt München hatte im Austausch gegen den bis zum Kriegsende in Straßburg stehenden Vater-Rhein-Brunnen den Straßburgern ein Werk des in München lebenden Elsässers Weber geschenkt, einen Brunnen mit der Figur des sogenannten „Meiselockers".

Bei der Einweihung des Denkmals waren auch Vertreter der hiesigen fünf elsässischen Studentenverbindungen (zwei protestantische und drei katholische) erschienen, und zwar zum ersten Male seit dem Kriege mit Fahnen und bunten Mützen. Auch der Vizepräsident des Allgemeinen Studentenausschusses, ein elsässischer Student, hatte der Feier beigewohnt.

Die hiesigen französischen Blätter haben in ihren Berichten diese Teilnahme elsässischer Studenten besonders hervorgehoben. Die Hetze soll mit den dabei ausgedrückten Gehässigkeiten aber offenbar kein Ende haben, denn bereits melden sich französische Studentengruppen, um in der Oeffentlichkeit den üblichen flammenden Protest zu erheben.

*

Diese Kundgebungen landfremder französischer Studenten zeigen, wie einseitig sie elsässischen Dingen gegenüberstehen. Wenn elsaß-lothringische Studenten nach dem Kriege an der Pflege eines akademischen Verbindungslebens nach deutscher Art festhielten, so widerspricht dies zwar französischen Studentensitten, bedeutet aber lediglich die Fortführung einer Tradition, die schon vor 1870 bestand. Wenn man von französischer Seite darin ein „antinationales" Bekenntnis erblicken will, so ist dies politisch ebenso unklug wie die Verfolgung des Autonomismus, der nichts anderes erstrebt als die Anerkennung des besonderen Charakters des Elsaß. Auf die Bereitschaft Frankreichs zur friedlichen Zusammenarbeit mit Deutschland wirft diese vom Zaune gebrochene Hetze ein eigenartiges Licht.

Erste Arbeiten der Volksvertretung.

Die Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung.

Berlin, 22. November.

Die Tagesordnung für die nächste Reichstagssitzung, die am Mittwoch, den 27. November, nachmittags 3 Uhr beginnt, liegt nunmehr vor. Das Haus wird sich zunächst mit der ersten und zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-persischen Freundschaftsvertrag, das deutsch-persische Niederlassungsabkommen und das Handels-, Zoll- und Schiffahrtsabkommen mit Persien beschäftigen. Weiter stehen die Gesetzentwürfe über ein Abkommen mit der Türkei bezüglich des Rechtsverkehrs in Zivil- und Handelssachen, sowie über den Freundschaftsvertrag mit dem Königreich des Hedjas auf der Tagesordnung. Ferner ist die Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln, das sogenannte Opiumgesetz, zur Beratung vorgesehen.

Außerdem sollen beraten werden die Gesetzentwürfe über Ausfuhr von Kunstwerken, über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern, über die Bergmannssiedlungen, sowie über Entschädigung von Betrieben und Arbeitnehmern auf Grund der Einführung des Branntweinmonopols. Auch ein kommunistischer Antrag über die Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner steht zur Beratung. Schließlich ist noch die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung für 1928 vorgesehen.

Bayern sträubt sich.

Reichs- und preußische Regierung sollen vereinigt werden. — Die Beschlüsse der Unterausschüsse der Länderkonferenz.

Berlin, 21. November.

Amtlich wird gemeldet: Die Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz haben unter dem Referat „Organisation der Länder und der Einfluß der Länder auf das Reich" beraten.

In der Einzelberatung wurden die Abschnitte über die Organisation der Länder und der zentralen Regierung und Gesetzgebung mit geringen Aenderungen gegenüber den Vorschlägen angenommen. Ein vom bayerischen Ministerpräsidenten gestellter Antrag, die differenzierende Gesamtlösung als staatsrechtlich weder notwendig noch zweckmäßig und als politisch gefährlich sollen zu

Nach den Beschlüssen werden preußische Regierung und Reichsregierung vereinigt. Die die vier Länder alter Art (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden), so unterstehen die preußischen Provinzen unmittelbar der Reichsgewalt. Ihre Verfassungen werden den preußischen Provinzialverfassungen nachgebildet. Auch für die übrigen Länder soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Landesregierung auf bestimmte Zeit — etwa vier Jahre — zu wählen. Reichstag und Landtag sollen verschmolzen werden. Dabei ist zu erwägen, ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags die von den beteiligten Ländern entsandten Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags treten sollen.

Für eine Uebergangszeit ist die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Landtags für die Länder neuer Art vorgesehen. Der Reichsrat bleibt in der Form bestehen, daß seine Zusammensetzung sich nach der Einwohnerzahl der vertretenen Länder bestimmt. Die Beschlüsse wurden, nachdem Zweifelsfragen geklärt und einige Aenderungen vorgenommen waren, zumeist mit 8 gegen 3 Stimmen gefaßt.

Schulen und Verfassungsfeiern.

Die Entscheidung des Reichsgerichts.

Leipzig, 21. November.

Vom Schöffengericht in Hamburg ist am 15. Juli 1929 der Redakteur der „Hamburger Volkszeitung", Herbert Mindus, wegen Vergehens nach Paragraph 110 des Reichsstrafgesetzbuches zu 200 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden. Mindus hatte in der „Hamburger Volkszeitung" die Anordnung der Hamburger Oberschulbehörde glossiert, derzufolge am Verfassungstag 1928 eine gemeinsame Verfassungsfeier aller Hamburger Schulen stattzufinden hatte,

an der alle Volksschüler aus den siebenten und achten Klassen und alle Besucher höherer Schulen von der Unterterzia aufwärts teilzunehmen hatten.

Befreiung von der Teilnahme sollte nur in Krankheitsfällen gewährt werden. Mindus forderte die Arbeiterkinder auf, nicht zu dieser Feier zu gehen.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat am 18. November die von Mindus gegen das Hamburger Urteil eingelegte Revision verworfen.

Zunächst sei die Hamburger Oberschulbehörde als Glied der Staatsverwaltung zu ihrem Erlaß berechtigt gewesen, und schon deshalb hätten die Aufforderungen des Angeklagten gegen den Paragraphen 110 des Strafgesetzbuches verstoßen. Ferner aber sei staatsbürgerliche Erziehung Lehrfach in den deutschen Schulen; die Reichsverfassung mache den Unterrichtsverwaltungen die Pflege der staatsbürgerlichen Erziehung zur Pflicht.

Verfassungsfeiern stellten ein Erziehungsmittel zur staatsbürgerlichen Gesinnung dar.

Werde eine Verfassungsfeier angeordnet, so halte sich diese Anordnung in den Grenzen des Artikels 148, Absatz 3 der Reichsverfassung. Die Anordnung stehe auch nicht, wie die die Revision behaupte, im Widerspruch zu Artikel 148, Absatz 2, und Artikel 118 der Reichsverfassung. Gewiß müsse beim Unterricht darauf Bedacht genommen werden, daß die Gefühle Andersdenkender nicht verletzt würden. Eine solche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219291123-19/fragment/page=0005